

Jour fixe vom 05.10.2026:

Die Linke: Klassenpartei – Regierungsalternative – Kümmerer: Was denn nun? (GS 3-26)

Die Linke ist wegen ihrer Wahlerfolge, insbesondere in Berlin, im Gespräch. Der Artikel beschäftigt sich damit, mit welcher Sorte Partei und Politik man es da zu tun hat.

— Der Artikel beginnt mit der Entgegensetzung „Einerseits – Andererseits“. Laut den zitierten Parteitage-Leitlinien (S. 3) bezeichnet sich Die Linke als Klassenpartei. Sie beklagt die hohen Preise, den ungerechten Markt, die niedrigen Löhne und dass der Staat sich nicht um die Leute kümmere. In dieser Art der Klage tritt sie aber gar nicht als Klassenpartei auf, sondern als eine vom Staat enttäuschte Partei. Daher kann ich das erste Argument unter der Überschrift „Einerseits“ nicht nachvollziehen.

Welches Bild von der Bundesrepublik zeichnet Die Linke da? Das Zitat beinhaltet ja nicht nur eine Aufzählung von in diesem Land üblichen schrecklichen Dingen, sondern ein Bild dieser Gesellschaft, in der Die Linke eine organisierende Klassenpartei sein und die Interessen der von der Gesellschaft geschädigten Klasse vertreten will. Wie fasst Die Linke die Stellung dieser Klasse in dieser Gesellschaft?

— An den konstatierten Schäden für die Leute zeigt sich schon ihre Enttäuschung vom Staat. Eine Klassenpartei würde doch von so einer Gesellschaft nichts erwarten, sondern sich gegen diese Gesellschaft wehren. Die Linke dagegen argumentiert mit zu hohen Preisen und einem ungerechten Markt. Das ist eher die Klage über eine Gesellschaft, die nicht das für die Leute bringt, was sie sollte.

Das Zitat geht schon über eine reine Aufzählung der Sorgen und Nöte der Adressaten Der Linken hinaus. Es gibt darin auch Aussagen über Gegensätze und die Gründe für die Schäden.

— Mit der Aufzählung wird dargelegt, dass sehr viele Leute in diesem Staat arm und geschädigt sind. Eine Enttäuschung vom Staat ist dem erst einmal nicht zu entnehmen. Die Partei sieht nicht nur Geschädigte, sie kennt auch die Akteure dieses Prozesses, die ihren Nutzen davon haben: „Die Gesellschaft wird immer ärmer, während Konzerne und Milliardäre reicher werden“ oder „Den Angriffen von Merz-Regierung und Superreichen setzen wir organisierte Solidarität entgegen“. Diese Aussagen beinhalten den Klassengedanken.

An der Aufzählung der Missstände ist festzuhalten, dass Die Linke eine allumfassende Ursache erkennt. Sie betrachtet die Missstände nicht als Ausrutscher oder Zufälligkeiten. Sie sieht die eine Klasse der Geschädigten der anderen Klasse der Reichen gegenüber, die ihrerseits zu Reichtum kommt durch die Benutzung der anderen Klasse zu deren Schaden. Und sie sieht einen Staat, der für die Interessen der Reichen eintritt. Das ist das Lagebild Der Linken in ihrem Papier: Gesellschaftliche Verhältnisse, die betreut werden von einer Regierung, die eindeutig Partei nimmt für die Abteilung der Superreichen in der Gesellschaft gegen die anderen, die unter den so betreuten Verhältnissen nur vorkommen als welche, die Probleme haben, über die Runden zu kommen.

Dieses Lagebild findet seine Fortsetzung in den zwei Stichworten „Militarisierung“ und „Rassismus“, die von Der Linken als Notwendigkeiten dieser Verhältnisse gekennzeichnet werden. Am Rassismus ausgedrückt: Dieser wird nicht einfach als moralisch zu verurteilende Einstellung einzelner Personen gesehen, sondern als Systematik dieser Gesellschaft.

— Wo ist der Zusammenhang zwischen der zitierten Analyse der geopolitischen Lage durch die Partei Die Linke und der darüber stehenden Ausführung des Artikels dazu, die von Kriegsbereitschaft spricht (S. 4)? Warum soll Die Linke die Bereitschaft zum Krieg als Systemnotwendigkeit behaupten? Im hier Zitierten geht es doch um die Zerstörung der Lebensgrundlagen, der Natur.

Das Zitat besagt, dass die aktuelle geopolitische Lage, also die zwischenstaatlichen Gegensätze, Ausdruck der Klassenverhältnisse sei. Die Behauptung Der Linken ist, staatliche Kriegsbereitschaft sei eine notwendige Konsequenz des Systems der Klassengesellschaft. Auch wenn das in der Parenthese auf S. 4 als verkehrte Erklärung der Systemnotwendigkeit kritisiert wird, kommt es hier darauf an, dass Die Linke mit all ihren Ausführungen über die Bundesrepublik, vom fehlenden Sozialstaat bis hin zu Kriegsgefahr und Rassismus, immer Wert darauf legt, von einem *System* zu sprechen, also davon, dass alle Betroffenen Notwendigkeiten sind, die aus diesem System folgen.

— *Aber wenn hier steht, dass Die Linke sich die Notwendigkeit der Militarisierung der Gesellschaft verkehrt erklärt – nämlich als Resultat der Parteilichkeit des Staates für die Profitinteressen der Reichen –, wäre dann nicht eine Ausführung fällig, was daran verkehrt ist?*

Der Artikel will nicht eine Debatte eröffnen, ob diese Partei die Klassenlage richtig kennzeichnet, sondern aufzeigen, wie sie aus ihrer Bestandsaufnahme der Gesellschaft eine dem widersprechende Fortsetzung verfertigt. Was sie zunächst als Klassenlage und Systemnotwendigkeit bezeichnet, verwandelt sie im nächsten Schritt in eine *Krise der Gesellschaft*, die nicht richtig funktioniert. Das passt überhaupt nicht zu den vorherigen Andeutungen und Ausführungen zu einer Gesellschaft, die systematisch der einen Abteilung Armut beschert, sie zu kurz kommen lässt und ausbeutet. Das heißt nicht, dass man sich mit ihrer verkehrten Fassung der Systemnotwendigkeit der Kriegsbereitschaft sowie mit allen anderen Punkten, an denen Die Linke Systemnotwendigkeit behauptet, nicht befassen müsste. Auch deren Bestimmung der Nöte der Arbeiter ist keine korrekte Erklärung des Klassengegensatzes und der Ausbeutung. Der Artikel legt den Finger aber darauf zu zeigen, dass Die Linke das Bild, das sie von der Bundesrepublik zeichnet, ihr eigenes Urteil der Systemnotwendigkeit der Schäden für die Leute, nicht ernst nimmt.

*

— *Die Linke zieht aus ihrer Entdeckung der systemnotwendigen Schäden, die die Klassengesellschaft produziert, gerade nicht den Schluss, all das abzuschaffen. Sie sieht vielmehr eine Krise der Gesellschaft, die gelöst werden muss – von der Politik, also von ihr als Partei.*

— *Im Begriff der Krise ist enthalten, dass es sich um eine Art Entgleisung einer Gesellschaft handelt, die im Prinzip in Ordnung ist. Das ist ein eklatanter Widerspruch zu ihrer vorigen Diagnose der Systemnotwendigkeit der Armut.*

Das sind die beiden Seiten, die nicht zusammenpassen: auf der einen Seite die Schilderung von Verhältnissen, die systematisch Not und Armut für einen großen Teil der Bevölkerung schaffen, für deren Interessen man gegen die Interessen der Mächtigen antreten muss. Auf der anderen Seite gibt es die Betrachtung des Staates als eine Gemeinschaftsveranstaltung, als „unsere Gesellschaft“, in der jeder irgendwie seinen Platz haben könnte, wäre da nicht diese durch eine falsche Politik herbeigeführte Krise.

— *Der Begriff Klassengesellschaft ist bei dieser Partei doch bloß eine Phrase, die sie benutzt wie ein Narrativ. Damit will sie Alt-Linke als Wähler ansprechen, die damit noch etwas anfangen können. Sie weiß im Grunde nicht, was mit Klassengesellschaft gemeint ist.*

Die Analyse des Artikels bezieht sich auf die Auskünfte Der Linken, Auskünfte, bei denen sie sicher weiß, was sie sagt. An ihrer eigenen Behauptung der Systemnotwendigkeit soll die Partei darauf hingewiesen werden, dass das eine Gegnerschaft einschließt, dass sie aber ganz im Gegenteil Partei nimmt für diese Gesellschaft und dafür, wie diese *eigentlich* sein sollte und mit der richtigen Politik auch wäre. Das ist ihr eigener Widerspruch. Dass die Analyse dieser Partei nicht als Absage an die Gesellschaft gemeint ist, wird am Fortgang deutlich.

Dieser Widerspruch zeigt sich auch an der Art, in der Die Linke die Leute anspricht. Wenn sie behauptet: „Viele Menschen spüren tagtäglich an der Supermarktkasse, dass ihr Leben teurer und beschwerlicher wird.“ (S. 5), dann wendet sie sich an diejenigen, die darüber

erschrecken, dass viele Deutsche an der Supermarktkasse angesichts gestiegener Preise die Rechnung nicht bezahlen können. Das sind die Adressaten dieser linken Partei, die sie ins Boot holen will. Und das mit dem Argument, dass da *„sich eine tiefere Krise unserer Gesellschaft Bahn bricht.“* Auch daran erkennt man die Verschiebung, die da stattfindet: Die Nöte der Leute im Supermarkt werden zitiert, um sich zu der Vorstellung des Staates als einer Gemeinschaftsveranstaltung vorzuarbeiten. Auf diesen Weg werden die Leute argumentativ geführt, entlang dieses Gedankens geht es weiter mit der Suche nach Verantwortlichen für die Krise. Schuld ist die Regierung, die schlechte Politik macht. Aus Sicht der Linken läuft da einiges schief.

— *So betrachtet geht es beim Thema Arbeitsplätze und deren Erhalt nicht mehr darum, ob man von seinem Lohn leben kann. Die Diagnose „Ausbeutung und Schaden für die Arbeitenden“ wird ersetzt durch „Notwendigkeit eines Arbeitsplatzes“.*

— *Der Ausgangspunkt für Die Linke ist zwar der Klassenstaat, der aber wird von ihnen sofort abgelöst durch die Forderung nach einem gut gemanagten Staat, der den Sozialstaat nicht kaputtspart. So ein Staat würde die Schäden des Klassenverhältnisses wieder wett machen; mit der richtigen Regierung würde die soziale Marktwirtschaft allen gerecht.*

— *Dabei braucht es einen Sozialstaat doch nur, wenn der permanente Schaden der Leute unterstellt ist.*

Was wirft Die Linke der neoliberalen Politik vor? Zwar ist der Ausgangspunkt die Schwierigkeit der Menschen, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Dass die Arbeitsplätze dies immer weniger hergeben, verortet sie aber bei einer nicht konkurrenzfähigen deutschen Wirtschaft, die sich im internationalen Wettbewerb gegen USA und China immer weniger behaupten kann. Der Sozialstaat gerät so völlig aus dem Blick.

— *Die Kritik bleibt systemimmanent: Die neoliberale Politik hat es versäumt, gegen die Fossil-Lobby vorzugehen, die die notwendigen Transformationen ausbremst und einen technologischen Vorsprung vor den USA und China verspielt. Der Klassengegensatz ist da nicht mehr Thema.*

— *Diese Kritik wäre nicht zu halten, wäre Deutschland nach wie vor Exportweltmeister und würde den Rest der Welt niederkonkurrieren. An dieser Stelle wollen sie Deutschland wieder sehen.*

Die Linke, die der Politik vorwirft, nur die Interessen der Superreichen voranzubringen, diskutiert im Weiteren wie diese Politik besser gemacht werden könnte. Aber eine alternative Wirtschaftspolitik zu fordern, ist etwas anderes als sich auf den Standpunkt derer zu stellen, die von dieser Gesellschaft in den Dienst genommen werden. Deren Interessen kommen dabei nicht vor.

— *Die Sorge um die Konkurrenzfähigkeit der Nation, die die anderen Parteien ebenfalls umtreibt, schließt das Elend der Leute ein, die fürs Wirtschaftswachstum sorgen müssen. Der Standort muss kostengünstig sein, die Staatsquote muss gesenkt werden, Rationalisierungen sind notwendig etc. Das steht fest und dazu erinnert Die Linke dann manchmal daran, dass die Leute da irgendwie auch noch vorkommen sollten.*

Der Partei Die Linke zu unterstellen, dass sie im Grunde die gleiche Politik wie eine konservative Regierung machen will, führt nicht weiter. Sie entwickelt ja zu allen Themen in der politischen Debatte ihre Alternativen und nimmt dabei den Standpunkt des nationalen Wirtschaftsstandortes ein: Wir haben eine bessere Alternative für die Probleme, an denen sich Regierungen im Kapitalismus abarbeiten.

— *Wenn sie ihre Politikvorschläge an den gleichen Kriterien der Konkurrenzfähigkeit der Nation, die auch die anderen haben, messen lassen, haben sie ihr behauptetes Ziel, Armut abzuschaffen, aufgegeben. Dann ist eine Kritik der Klassengesellschaft erledigt.*

Die Linke nimmt keinen ernst gemeinten Klassenstandpunkt ein. Vielmehr zieht sie den Schluss aus der Geldnot der Leute, dass die einen Arbeitsplatz brauchen. Den gibt es nur, wenn es Arbeitgeber gibt, also muss die deutsche Industrie konkurrenzfähig sein. So wird

diese zum Sorgegegenstand der Linken. Die Systemlogik wird also nicht mehr als Ursache der Schäden ins Auge gefasst, sondern immanent affirmiert.

155 — *In diesem Sinne wird Rüstung nicht als Mittel des Staates für Krieg und Machtentfaltung gesehen. Die Linke kennzeichnet die Kriegslage als Ausdruck des Klassenverhältnisses und misst die Rüstungsindustrie daran, inwieweit sie Arbeitsplätze schafft bzw. Arbeitslosigkeit vermeidet. Damit wird jeder staatliche Zweck bei Krieg und Aufrüstung ignoriert.*

160 Die Aufrüstungspolitik daran zu messen, ob dabei auch so viele Arbeitsplätze wie versprochen entstehen, und daraus ein Versagen der Regierung zu konstatieren, sieht vollständig von den Zwecken imperialistischer Politik ab. Was sind stattdessen ihre Vorschläge?

165 — *Das Sozialsystem soll in der Vorstellung dieser Partei nicht nur die Schäden der Leute ausbügeln, sondern die Gesellschaft widerstandsfähiger machen gegen Bedrohung von außen. Die Leute sollen teilhaben an der Gesellschaft, sich hier zu Hause fühlen, Vertrauen in die Politik haben. Darüber soll die ganze Gesellschaft robuster gegen Einflussversuche von außen und gegen hybride Kriegsführung werden. Das Sozialsystem wird daran gemessen, ob es Deutschland gegen das Ausland stark macht und verteidigt.*

170 — *Ihre Kritik lautet: Die Regierung setzt die Verteidigungsfähigkeit der europäischen Nationen aufs Spiel, indem sie die Spaltung der Gesellschaften ohne sozialen Kitt vorantreibt. Wäre die Gesellschaft geeint, stünde sie auch gegen außen zusammen.*

Durch eine entsprechende Politik kann sich jeder in dieser Gesellschaft aufgehoben fühlen, das stellt Die Linke in Aussicht. Wenn sich um alle gut gekümmert wird und es gerecht
175 zugeht, kommen alle geeint über die Runden.

— *Die Unterstellung ist, dass die Deutschen ein friedliebendes Volk sind. Wenn sie zusammenstehen, kann Russland nichts ausrichten. Die Linke rückt damit von ihrer Anfangsaussage ab, dass Kriegsertüchtigung und Kriegspropaganda eine Folge der Klassengesellschaft sind. Auch bei ihr geht es dem Staat nur um Verteidigung.*

180 Mit ihren Vorschlag für eine effektivere Verteidigung präsentieren sie sich als eine außenpolitische Alternative. Die Linke propagiert alternativ zu der von der Regierung militaristisch angegangenen Verteidigung eine zivile, soziale und damit erfolgversprechendere Verteidigung.

185 — *Wenn Die Linke den Sozialstaat unter die Lupe nimmt, dann von vornherein unter dem Blickwinkel, dass die politisch Verantwortlichen versagen. Am Status der Arbeitgeber, die von der Armut der Leute leben, oder der Superreichen will sie nicht rütteln.*

Erfolgreiche Ausbeutung ist unterstellt, wenn man die Forderung erhebt, dass z.B. die Reichen höhere Steuern abführen sollen. Das gibt die Partei auch explizit zu Protokoll, wenn sie erklärt, dass verbesserte Leistungen des Sozialstaats das gute *Recht* des Volkes seien,
190 dass sie damit also ganz und gar nichts Ungebührliches oder gar Systemfremdes fordere.

Von allen Parteien wird momentan beschworen, dass man die Sorgen und Nöte des kleinen Mannes ernst nehmen müsse. So auch Die Linke: Sie spricht die Menschen mit ihren Problemen, mit knappen Löhnen ihr Leben bewältigen zu müssen, als *Betroffene* an und versichert ihnen, dass sie es schwer haben im Leben. Was wird ihnen in Aussicht gestellt?

195 Erstens die *Anerkennung*, dass sie es wirklich schwer haben, und zweitens, dass diese ihre schlechte Lage mit Sicherheit *fortbesteht*, wenn Die Linke ihnen sozialstaatlich unter die Arme greift und ihnen das als ihr Recht verspricht. Sozialstaatliche Maßnahmen also, die ja nur deshalb notwendig sind, weil die Leute in ihren Notlagen verbleiben. Insofern beherrscht diese Partei die typische Methodik demokratischer Oppositionsparteien: Die
200 Sorgen der kleinen Leute werden beschworen und anerkannt, versprochen wird ein besseres Regieren über sie, wenn man an die Macht kommt.

*

— *Genauso kümmert sich die Partei um die AfD-Wähler, wenn sie ihnen bescheinigt,*

205 *nicht rechtsradikal zu sein, sondern bloß resignierte Wutbürger; enttäuscht von einer Politik, die sich im Unterschied zur Linken nicht genug ihrer Sorgen annimmt.*

Sie bezieht sich auf die Rechten als ihr Wählerpotential wie andere Parteien auch, die um möglichst viele Stimmen werben. Die Art und Weise des Bezugs auf die AfD hat aber auch eine Besonderheit: Die Linke beansprucht, eine besonders wichtige und verantwortungsvolle Rolle für den *Bestand* des deutschen demokratischen Gemeinwesens wahrzunehmen, das vor dem drohenden Faschismus der AfD gerettet werden muss. Den etablierten Parteien wirft sie vor, sich nicht genügend gegen diese autoritären Tendenzen in der Republik zu stellen.

210 — *Wenn Die Linke potentielle AfD-Anhänger als resignierte Protestwähler kennzeichnet, spricht sie ihnen eine inhaltliche Übereinstimmung mit den rechten Positionen der AfD ab. So definiert sie sich die Motivlage dieser Wähler als eine zurecht, mit der diese ebenso gut links wählen könnten.*

215 — *Im Zitat „Unser größter Gegner steht rechts, unser zweiter politischer Gegner ist die Resignation.“ (S. 8) werden beide Seiten benannt: dass man die resignierten Wähler nicht der AfD überlassen will und dass man auf jeden Fall mit guter linker Politik verlorenes Vertrauen der Regierten in den Staat wiederherstellen will.*

220 Einerseits stehen diese Bilder von Resignation und Pessimismus für die Anklage an die etablierten Parteien, dass sie eine falsche Politik machen, weil sie sich nicht um die wahren Belange des Volkes kümmern. Zugleich bietet Die Linke damit eine völlig verkehrte Erklärung der AfD-Erfolge: Wenn der Wähler rechts wählt, tut er das nicht, weil er die Parolen „Ausländer raus“ oder „Deutschland den Deutschen“ usw. gut findet, sondern es
225 handelt sich um enttäuschte Menschen, die gar nicht recht wissen, was sie tun, wenn die AfD wählen. Mit dieser Ignoranz gegenüber rechten Überzeugungen macht sich Die Linke die AfD-Wähler als ihr Wählerpotential zurecht: Dass Leute von den etablierten Parteien genug haben, darin liegen sie schon ganz richtig. Aber dann könnten sie doch auch gut Die Linke wählen, die bietet die verlangte Hoffnung auf radikale Veränderung. Dem
230 staatsfrommen Standpunkt braver Leute, die der Regierung gehorchen und meinen, sie hätten ein Recht auf eine Herrschaft, die sich ihrer Sorgen annimmt, gibt sie damit vollkommen recht, nur die rechtsradikalen Konsequenzen dieses Standpunkts lehnt sie ab.

*

235 — *Mit ihrer Parole, die Rechten auszubremsen, geht die Partei immer weiter weg von den Schäden, die die Leute hierzulande erfahren, und politisiert das Volk.*

Wie geht diese Politisierung? Der Artikel spricht von einer Technik der Vereinnahmung, wenn Die Linke propagiert, sie kümmere sich um Sorgen und Nöte, wofür ihr kein Anliegen zu klein sei. So wirbt sie um das Vertrauen der Menschen, die Die Linke als ihren *Hoffnungsspenden* begreifen sollen. Sie organisiert Rechtsberatung gegen Bescheide von
240 Ämtern, Mieterberatung, Selbsthilfegruppen usw. Gemessen an der *Beseitigung von Gründen* dieser Notlagen ist solche Hilfestellung ein Witz. Aber darum geht es ihr ja auch nicht. Ihre Angebote sollen mehr sein als schlichte Unterstützung beim Ausfüllen von Formularen: Die Leute sollen Hoffnung schöpfen durch und in eine linke Politik, die wirklich auf ihrer Seite steht.

245 — *Dass man durch Bürgersprechstunden den Kapitalismus nicht abschafft, sagen sie selber: „Als Sozialist*innen wissen wir, dass wir über diese kleinen Siege hinaus denken und planen müssen. Wir brauchen eine konkrete Utopie, dass der Kapitalismus grundlegend überwunden wird“ (S. 9). Ihre konkreten Hilfsangebote wollen auf Höheres hinaus.*

250 Der Hinweis, dass durch Mieterberatung der Kapitalismus nicht überwunden wird, irritiert Die Linke aber nicht. Ihre hilfsbereiten Angebote sind ein Vehikel für Vertrauenswerbung: Wenn sie *gewählt* wird, sorgt sie dafür, dass sich in Deutschland etwas grundsätzlich ändert, so z.B. im Berliner Wahlkampf ihr Wahlversprechen einer Vergesellschaftung von Wohnungskonzernen.

Das ist endgültig Politisierung in dem Sinne, dass die Probleme der Leute darauf gelenkt werden, sich für die Wahl einer Partei zu entscheiden, die ihnen Alternativen des Regiertwerdens anbietet, also für ein alternatives Herrschaftsprogramm.

— *Wenn Die Linke davon spricht „Hoffnung zu organisieren“ (S. 3), fängt das mit dem Wahlerfolg in Berlin an und geht weiter, wenn sie auf Bundesebene auch Erfolg hat.*

Das ist genau die Veränderungsperspektive, die Hoffnung stiften soll: Die Linke an der Regierung zu beteiligen. Eine Veränderungsperspektive wird ja immer nur in den Raum gestellt, nur was sich genau ändert, ist nicht Thema. Die Veränderung, auf die es hinauslaufen soll, ist: genug Wahlstimmen für Die Linke, damit sie regieren, also herrschen kann.

— *Bei der Berliner Wahl war das ein spezifischer Inhalt, da hat sich die Partei auf konkrete Themen wie die Wohnungsnot bezogen. Sie greift auch regionale Inhalte auf und in Berlin hatte sie damit offensichtlich Erfolg. Dieses Kümmern ist nicht so abstrakt.*

Beim ganz abstrakten sich um alle Missstände kümmern ist das eine so gut ist wie das andere. Im konkreten Wahlkampf in einem Bundesland setzt man dann Schwerpunkte wie die Wohnungsnot. Da darf sich der Wähler „Hoffnung“ durchaus ein bisschen konkreter vorstellen, z.B. in Form einer Mietpreisbremse. Aber trotzdem: Die Wahl der Partei in die Regierung ist das, worauf das alles gemünzt ist, und das ist erst einmal das hauptsächliche Versprechen.

— *Es ist außerdem nicht so, dass eine in Berlin gewählte Linke sich darum kümmern würde, dass der Berliner Wohnungsmarkt wirklich einer für die Leute wird. Die Wahl ist in der Demokratie ein Verfahren zur Bestellung von Herrschaft. Das ist ein Gegensatz zu den Anliegen der Leute, die in diesem System nicht gut wegkommen. Danach ist auch Die Linke nicht dem Wählervotum verpflichtet, sondern die Herrschaft definiert gemäß dem, was an Finanzen verfügbar ist, was die Notwendigkeiten der Regierung in dieser Hauptstadt sind. Wie der Wohnungsmarkt dabei noch vorkommt, wird man sehen. Dass Die Linke an der Regierung ein bisschen mehr Sozialstaat macht, mag sein, aber der bleibt immer noch nötig. Das ist etwas ganz anderes, als dass die Interessen der Wähler zum Zuge kommen, denen man im Wahlkampf in ihrer ganzen Unzufriedenheit Recht gibt.*

So etwas wie Mietersprechstunden zu machen ist die Seite des Kümmerns. Überführt wird die Wohnungsnot in ein alternatives politisches Programm. Das wird aber nicht erst nach der Wahl entschieden; ihre *politische* Alternative, ihre Unterscheidung zu anderen Parteien haben sie schon vor der Wahl vorgestellt. Dieses Kümmern und Leute in Mietersprechstunden beraten hat seinen Fortgang in einem alternativen *Wohnungspolitikprogramm*. Da werden Alternativen des politischen Umgangs ausformuliert, die zur Grundlage haben, dass Wohnungen jemandem gehören, weswegen einer, der wohnen will, Miete zahlen muss. Dieses feststehende Verhältnis kann unterschiedlich durch die Politik geregelt werden.

So geht Politisierung, dass ein Anliegen der Leute überführt wird in den Streit darum, wie man existente Gegensätze politisch betreut und regelt. In diesem Zusammenhang stellt Die Linke in Aussicht, einen Volksentscheid umsetzen zu wollen und an die Stelle bisheriger privater Eigentümer eine staatliche Wohnungsbau- oder Verwaltungsgesellschaft zu setzen. Das ist ernst zu nehmen: Sie kündigen als Alternative eine staatliche Wohnungsverwaltungsgesellschaft an statt einem privaten Eigentümer. Das ist keine Aufhebung des zugrundeliegenden Widerspruchs, dass man Miete zahlen muss, wenn man irgendwo wohnen will. Die Linke führt sogar immer an, dass das, was sie fordert, nichts Systemfremdes ist, dass sie sich dabei völlig im Rahmen des Grundgesetzes bewegt: Erstens den Volksentscheid und zweitens die Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Damit betonen sie, dass sie sich mit ihrer politischen Verwaltung des Wohnungsproblems im Rahmen des Systems bewegen.

*

305 Das ganze kritisch umstürzlerisch Klassenkämpferische ist am Ende eine Verteidigung der Republik. Die Partei steht auf dem Standpunkt der Staatsnotwendigkeiten und ihr Kampf gegen Rechts ist einer, der die Bundesrepublik verteidigt. Sie setzt sich als die letzte dafür verantwortliche und dazu fähige Partei in Szene; die etablierten Parteien versagen vor diesem Anspruch: Sie ist die einzige, die denjenigen, die sich von der Demokratie
310 abwenden, etwas anzubieten hat. Die Linke interpretiert den „beleidigten Nationalismus“ (S. 8) der AfD-Wähler als fehlgeleitete Enttäuschung vom Staat, der ihnen die sozialen Leistungen verweigert. Im Artikel heißt es, deren Resignation „will sie mit ihrer Botschaft der Hoffnung korrigieren.“ (S. 8) und die AfD-Wähler damit wieder in die Republik integrieren. An der Klassengesellschaft ausgedrückt: Vom Beschluss des Potsdamer
315 Parteitags, auf dem sich Die Linke klassenkämpferisch geriert, kommt sie zur Verteidigung der Klassengesellschaft und deren Notwendigkeiten, die sie von Staats wegen gewährleisten will. Ihre Besonderheit ist, dass sie sich auf den Sozialstaat bezieht als das, womit man diese Gesellschaft am besten funktionstüchtig hält.

— Sie meldet bei diesem Punkt ein Alleinstellungsmerkmal an. Alle anderen sind
320 unglaublich unwürdig, unfähig, den Staat vor der Übernahme durch den Faschismus zu retten. Das sieht sie als ihre historische Aufgabe, sie ist die wahre Vertreterin der Demokratie.

„Demokratie retten“ ist identisch damit, die kapitalistische Staatsräson retten.

— Aber die Rechten stellen doch nicht die kapitalistische Staatsräson in Frage, sondern die deutsche Rason bezüglich der Einheit Europas, des Euro, auch den Ukraine-Krieg.

325 Mit der Aussage war der Standpunkt Der Linken gemeint, nicht eine wirkliche Leistung.

— Wenn sie feststellen: „Die Gefahren, die von Faschismus und Militarisierung für Freiheit, Demokratie, Toleranz und Menschlichkeit in unserer Gesellschaft ausgehen, sind real greifbar“ (S. 10), dann benennen sie die hohen Werte des Grundgesetzes, die sie teilen, und die die letzten Jahrzehnte als hohe Titel das kapitalistischen Getriebe der
330 Bundesrepublik begleitet haben. Damit nehmen sie Partei für den Kapitalismus.

„Partei nehmen für die kapitalistischen Verhältnisse“ heißt bei dieser Partei aber nicht, dass sie alles okay findet. Ganz im Gegenteil: Sie tritt als Kritiker an. Erst in einer von ihr vertretenen Politik herrschen Verhältnisse, in denen im Prinzip jeder gut aufgehoben ist. In dem Sinne machen sie sich stark für die Verhältnisse, die sie als demokratische, freiheitliche
335 und den Menschenrechten verpflichtete feiern. Von dem Standpunkt aus machen sie Front gegen Parteien, denen sie nachsagen, dass sie diese Verhältnisse infrage stellen.

— Im Zitat „Die Bundesregierung lässt sich auf vielen Politikfeldern von rechter Hetze treiben...“ (S. 10) behauptet Die Linke, die Regierung sowie eigentlich alle Parteien der Mitte hätten keine eigenen Gründe für ihre Sparpolitik und die Militarisierung, sondern
340 würden von den Rechten dazu getrieben. Das ist eine Verharmlosung dessen, was die amtierende Bundesregierung und die Vorgängerregierungen machen und gemacht haben: Eigentlich meinen die es gar nicht so. Damit biedert sich Die Linke zugleich bei denen als künftige Koalitionspartner an.

Bei einer aktuellen Pressekonferenz ist Die Linke genau so aufgetreten. Sie hat sich gegen
345 all die Angriffe, insbesondere aus der CDU, gegen eine mögliche linke Regierung in Berlin verwahrt. Stattdessen hat sie von der CDU dringend das gleiche Engagement im Kampf gegen Rechts gefordert mit dem Aufruf, man solle sich zusammentun und die drohende Gefahr des Faschismus gemeinsam bekämpfen.

350 Beim **nächsten Jour fixe am 19. Oktober 2026** wird der Artikel „Das 5. Jahr Ukraine-Krieg - Die Ukraine wird Teil Europas, Europa wird zum Kriegsbündnis“ (GS 3-26) besprochen.